

Dringlichkeitsantrag

nachgezogen zum Plenum Drs. 18/29509

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Vereint im Kampf gegen Hass - 2024 zum Europäischen Jahr gegen Hass erklären!

Drs. 18/29509

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass 2024 zum "Europäischen Jahr gegen Hass" erklärt wird.

Begründung:

Immer häufiger werden Menschen Opfer von Hass - vor allem im Internet. Das sorgt nicht nur bei den Betroffenen für Angst und Verunsicherung. Es gefährdet auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist zugleich ein Angriff auf unsere demokratischen Grundwerte und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Umso wichtiger ist es daher, dass jeder Einzelne von uns entschieden und konsequent gegen Hass aktiv vorgeht und für ein friedvolles und respektvolles Miteinander sowie für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat eintritt. Die Bekämpfung von Hass ist dabei stets eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es bedarf aber auch der Unterstützung von politischer Seite. Um das Thema noch stärker in den Fokus und das Bewusstsein der Menschen zu rücken, soll 2024 daher zum Europäischen Jahr gegen Hass erklärt werden. Ziel ist es, die Zivilcourage der Menschen zu stärken und insbesondere der jungen Generation die Bedeutung des Friedens in einem geeinten Europa vor Augen zu führen.